

UOKG e.V. - Ruschestr. 103 – 10365 Berlin

Vorsitzender: Rainer Wagner
Ehrenvorsitzende:
Gerhard Finn (†), Horst Schüler
Stellv. Vorsitzende:
Roland Lange
Ernst – O. Schönemann

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779351
Fax: (030) 55779340

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
10.00 - 18.00 Uhr

Presseerklärung

3. November 2014

Resolutionen des UOKG-Verbandtreffens vom 29.11.2014: Rot-Rot-Grün verhindern – Appell an das Gewissen der Abgeordneten

In einer Resolution hat die Mitgliederversammlung des Dachverbands der SED-Opfer einstimmig an die Abgeordneten des Thüringer Landtags appelliert, Bodo Ramelow nicht zum Ministerpräsidenten von Thüringen zu wählen.

In der Resolution heißt es unter anderem:

Die Linke hat bis heute in weiten Teilen ein zwiespältiges Verhältnis zur Demokratie. Nach wie vor reden führende Funktionäre die Zustände in der DDR schön und verharmlosen das Mauerregime. Manche suchen noch immer Wege zum Kommunismus. Die Partei duldet in ihren Reihen antidemokratische Strömungen wie die „kommunistische Plattform.“

(...)

Vor diesem Hintergrund erscheint das jüngste Papier zum Unrechtsstaat als rein machtpolitisch motiviertes Lippenbekenntnis. Wes Geistes Kind die Partei wirklich ist hat Bodo Ramelow jüngst selbst gezeigt, als er eine Aufhebung des KPD-Verbots forderte.

Nachdem sich die UOKG schon in der vergangenen Woche mit einem Brief an die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen und SPD gewandt hat, erneuerten die versammelten Verbände Ihren Appell an das Gewissen der Abgeordneten, der Linken keine Regierungsverantwortung zu übertragen. An die anderen Parteien im Landtag erging der Appell, einen Gegenkandidaten zu wählen.

Darüber hinaus hat das Verbandstreffen zwei weitere Resolutionen verabschiedet. Eine hat zum Gegenstand die drohende Schließung der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus. Hier wird an den Bund appelliert, die drohende Schließung doch noch mit einer Finanzspritze abzuwenden.

In der dritten Resolution geht es um die geplante Erhöhung der Opferrente. Diese sei nur *eine kosmetische Änderung*. Stattdessen sei eine *grundlegende Überarbeitung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze* notwendig.